

„Nos ancêtres les Gaulois“ – Generationen von Schulkindern in Frankreichs Kolonien in Afrika und Asien mussten einstmals dieselben Geschichtsbuchtexte nachplappern wie ihre Altersgenossen im Mutterland und kamen auf diese Weise zumindest ideologisch ebenfalls zu gallischen Vorfahren. Noch Jahrzehnte nach der Dekolonialisierung erheiterte die symbolträchtige, die Wirklichkeit wohl oftmals überzeichnende Anekdote viele inzwischen bescheidenere und skeptische Nachfahren der großen Idee von Frankreichs „mission civilisatrice“. Im Grunde spiegelte sie indes getreulich nicht nur das universale Sendungsbewusstsein der französischen Nation, die ihrem kulturellen Führungsanspruch und ihrer politischen Vorbildrolle als Trägerin des Menschenrechtsgedankens weltweite Nachachtung zu verschaffen versuchte. Vielmehr enthielt der historisch unhaltbare Hinweis auf gemeinsame Vorfahren indirekt auch den Ehrgeiz und zugleich die Überzeugung, unter dem Vorzeichen der „einen und unteilbaren Republik“ Abkömmlinge ganz verschiedener und ferner Völkerschaften und Kulturkreise in die französische Staatsnation aufnehmen, assimilieren und voll integrieren zu können.

Vor diesem Hintergrund erscheint in französischer Perspektive eine Diskussion über Sinn und Notwendigkeit einer Leitkultur geradezu überflüssig: Das Dogma voller Integration der verschiedenen Einwanderungswellen der letzten Jahrzehnte postuliert nur ein Ziel, näm-

lich die Heranbildung von uneingeschränkt dem französischen Staats- und Kulturgedanken verpflichteten und zugehörigen Bürgern, ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft oder religiösen Observanz. In der Praxis wird diesem Ideal der vollen Assimilierung jedoch immer weniger entsprochen. Dies signalisierten mit erschreckender Brutalität die Unruhen in vorstädtischen Zonen in ganz Frankreich während mehr als eines halben Monats im November. Zwar stand dabei keineswegs das ganze Land in Flammen; wohl aber wurden dadurch weite Teile der Grundlagen seines bisherigen Integrationsmodelles erschüttert.

Frankreich gehört zu den klassischen Einwanderungsländern. Ohne größere Probleme absorbierte es unzählige Wellen von Immigranten aus dem Osten und dem benachbarten Süden Europas. Flüchtlinge aus Mussolinis Italien und besiegte Republikaner nach dem Spanischen Bürgerkrieg suchten und erhielten Zuflucht in Frankreich. Ihre Kinder und Enkel bilden längst einen unangefochtenen Teil des französischen Staatsvolkes, wobei sich manche überhaupt nicht mehr ihrer Herkunft entsinnen, so selbstverständlich sind sie Franzosen unter Franzosen geworden. Ähnliches gilt auch für andere, eher wirtschaftlich motivierte Zuwanderungswellen aus dem europäischen Umkreis, wie etwa jene der Portugiesen. Ganz anders verhielt es sich indes mit den Immigranten nordafrikanisch-muslimischer Herkunft. Das Trauma des Algerienkrieges dauerte noch

Jahrzehnte nach Frankreichs Niederlage und Rückzug aus seinen drei algerischen Départements an: Kein anderer Kolonialkonflikt riss solch schmerzhaft Wunden, die noch immer nicht wirklich vernarbt sind. Dies erklärt bis heute die besondere Schärfe der Integrationsprobleme dieser Minderheit, deren Kinder und Enkel in Frankreich geboren und demnach gemäß dem Gesetz französische Staatsbürger sind, sich aber nun vielfach fremd im eigenen Land vorkommen.

Ghettoisierung der Vorstädte

Die erste Generation nordafrikanischer Immigranten kam in eilends im Weichbild der Großstädte aus dem Boden gestampften Sozialbausiedlungen unter. Die jeder Urbanität spottenden Wohnsilos von gigantischen Ausmaßen waren ursprünglich keineswegs nur für nord- oder schwarzafrikanische Einwanderer konzipiert worden. Die ehemaligen Algeriensiedler europäischer Herkunft, die nach 1962 aus Nordafrika vertrieben wurden, und auch viele Franzosen aus ärmlichen Verhältnissen suchten indes zumeist rasch aus den Sozialwohnsiedlungen der Vorstädte wegzuziehen. Zurück blieben in den immer mehr der Verwahrlosung anheim fallenden Vorstadtghettos vielfach nur noch Schwarze und „Araber“, wie der Durchschnittsfranzose muslimische Nordafrikaner durchwegs selbst dann bezeichnet, wenn es sich um Angehörige der nichtarabischen Minderheit der Berber handelt. Die erste Einwanderergeneration aus Nordafrika suchte und fand reichlich Arbeit beim großen Wirtschaftsaufschwung in Frankreich, war aber nur zum Teil und auch dies nur äußerst begrenzt zur Integration fähig oder willens. Anders verhielt es sich mit ihren Nachkommen: In Frankreich geboren, waren sie automatisch französische Staatsbürger, theoretisch mit genau denselben Chancen sowie Rechten und

Pflichten wie alle andern autochthonen Franzosen.

Diese zweite Generation – und dann auch bereits die dritte – bildet jetzt das eigentliche Problem der französischen Integrationspolitik, die in ihrer heutigen Form nach vielfacher Ansicht gescheitert ist. Die „Beurs“ oder „Rebeus“, wie im Silbenumkehrungs-Slang zumeist diese Araber mit französischem Geburtsort genannt werden, haben entgegen der offiziellen Ideologie von der republikanischen Chancengleichheit keineswegs denselben Zugang zum französischen Wirtschafts- und Berufsleben wie Franzosen europäischer Herkunft. „Black, blanc, beur“ – dieser unter Anspielung auf die Nationalfarben Blau, Weiß, Rot geprägte Slogan wurde im Jubeltaumel des Sieges der ethnisch bunt zusammengewürfelten Nationalmannschaft Frankreichs bei der Fußballweltmeisterschaft von 1998 überall mit Begeisterung wiederholt. Für einen Augenblick wählte sich dabei die Nation im Glück einer rundum erfolgreichen Integration sämtlicher im Land ansässiger Abkömmlinge fremder Minderheiten. Die Vorstellung beruhte indes auf einer puren Illusion: Was für den Fußballstar Zidane galt, nämlich Erfolg und Bewunderung seitens der gesamten Nation, traf noch lange nicht auf die vielen Mohammed oder Ahmed in den Vorstadtghettos zu.

Förderung der Sorgenquartiere

Der französische Amtsschimmel erfindet seit Jahrzehnten immer neue Abkürzungen; das Berufsleben eines Durchschnittsbürgers spielt sich in einem Dschungel solcher Akronyme ab. Zwei Abkürzungen prägten sich nun im Zusammenhang mit den Novemberunruhen einer breiteren Öffentlichkeit besonders ein: ZUS und ZEP. Das erste Akronym steht für „Zone urbaine sensible“, was heikle Vorstadtzone bedeutet und die praktisch ausschließlich von Einwanderern der zwei-

ten und dritten Generation bewohnten Ghettoquartiere bezeichnet. Amtlich waren 1982 zweiundzwanzig solche ZUS-Ghettos registriert worden. Zehn Jahre darauf hatte sich ihre Anzahl bereits mehr als verzehnfacht und betrug 320. Nochmals ein Jahrzehnt später verzeichnete die offizielle Statistik insgesamt 750 „sensible urbane Zonen“. Nicht durchwegs, aber doch häufig mit ihnen identisch sind die ZEP, das heißt die „Zones d'éducation prioritaire“, in welchen das staatliche Schulwesen besondere Erziehungsanstrengungen für die „unterprivilegierte“ Vorstadtjugend nord- und schwarzafrikanischer Abstammung zu unternehmen hat. Seit den ersten Gewalterruptionen in den Vorstadtzonen von Lyon und dann auch Paris Anfang der achtziger Jahre sind immer wieder neue Anläufe zur vorrangigen Entwicklung und Förderung der Sorgenquartiere gemacht worden, die allmählich zu Krisenherden der organisierten Kriminalität und von Drogenmafias beherrschten Zonen der Rechtlosigkeit (*zones de non-droit*) wurden.

Französische Regierungen der Linken wie der Rechten pumpften mit immer neuen Sanierungsprogrammen Unsummen in die Vorstadtentwicklung, ohne im Grunde etwas an dem faktischen Segregationsprozess einer andauernden Ghettoisierung zu ändern. Vierzig Milliarden Euro flossen in ein Fass ohne Boden – dieser Eindruck stellte sich spätestens in dem Augenblick ein, da wie niemals zuvor ein Flächenbrand von Gewalttätigkeit seitens jugendlicher Banden nord- und schwarzafrikanischer Herkunft sich über Frankreich ausbreitete. Um die Vorstadtrevolte der teilweise noch minderjährigen Krawallmacher und Brandstifter niederzuringen, griff die Regierung schließlich sogar zu dem selbst im Mai 1968 nicht gegen die damalige Studentenrebellion eingesetzten Vorschlaghammer der Verhängung des Ausnahmezustandes. Obgleich dessen Anwendung dann überaus zu-

rückhaltend und selektiv erfolgte, unterstrich die Exekutive damit den absoluten Vorrang der Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung vor jeder weiteren Reformanstrengung. Dies entsprach der seit Jahren von Innenminister Sarkozy vertretenen Linie. Er hatte schon zuvor mit der De-facto-Tolerierung „rechtsfreier“ Räume in den oftmals den Mafiabanden überlassenen Banlieue-Zonen Schluss zu machen versucht, indem er Polizei- und Gendarmeriekräfte eben auch wieder in Quartiere in Marsch zu setzen beschloss, wohin teilweise seit Jahren sich kein einziger staatlicher Ordnungshüter mehr zu begeben gewagt hatte.

Besänftigungstaktik

In agitatorischer Verzerrungsabsicht wurde Sarkozy während der Novemberunruhen von seinen Kritikern zum Brandstifter gestempelt; die absurde Karikatur voll giftiger Polemik erinnerte an den antiken Brauch, den Überbringer schlechter Nachrichten umzubringen. Die Auseinandersetzung spielte sich vor dem Hintergrund des Diadochenkampfes um die Nachfolge Präsident Chiracs zwischen Sarkozy und dem vom Staatschef favorisierten „Kronprinzen“, Premierminister de Villepin, ab. Nach Verhängung des Ausnahmezustandes und dem Ende der Vorstadtrevolte griff der Regierungschef in einer Reihe von Reformmankündigungen wieder weitgehend zum Ausfluchtmittel einer sozialen Besänftigungstaktik. Nicht einmal den Ausdruck Unruhen wollte er als Kennzeichnung der ziemlich präzedenzlosen Welle von Ausschreitungen zulassen; stattdessen diagnostizierte er bloß eine „soziale Unrast“. Damit schien sich erneut eine schon früher praktizierte bedenkliche Verengung der Analyse der Krisenursachen abzuzeichnen.

Demgegenüber mutete Sarkozy als schonungsloser Kritiker des in eine Sackgasse geratenen französischen Integra-

tionsmodelles an. Wenn das gesamte Sozialstaatsmodell Frankreichs wegen kaum mehr zu bewerkstelliger Finanzierbarkeit nicht mehr richtig funktioniere, stoße eben auch die Einbeziehung der Einwanderernachfahren in die französische Gesellschaft an ihre Grenze, lautete die These. Die andauernd hohe Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich von über zwanzig Prozent ist unter den Vorstadtjugendlichen nochmals weitaus höher und beträgt teilweise das Doppelte des landesweiten Durchschnitts. Entgegen der offiziellen Gleichheitsideologie des *pays légal* ist die triste Wirklichkeit des *pays réel* von einer weit verbreiteten Diskriminierung gekennzeichnet. Dies führt da und dort zu dem Besorgnis erregenden Phänomen, dass nun Angehörige der dritten Generation von aus der Immigration hervorgegangenen jungen Franzosen sich noch schlechter in ihre Umgebung einfügen als die Generation ihrer Eltern oder sogar Großeltern.

Gezielte Fördermaßnahmen

„Positive Diskriminierung“ lautet Sarkozys Rezept gegen diese Gefahr. Der Vorschlag solch gezielter Fördermaßnahmen orientierte sich erkennbar an dem amerikanischen Vorbild der „affirmative action“. Doch stieß er umgehend auf heftige Ablehnung, da der Gedanke einer an Minderheitskriterien ausgerichteten selektiven Unterstützung oder gar Bevorzugung im Widerspruch zur Gleichheitsideologie eines homogenen Staatsvolkes zu stehen schien. Dieser Egalitarismus und zudem die Doktrin des republikanischen Laizismus verbieten selbst eine bloß statistische Erfassung der Problematik: Eine Durchleuchtung französischer Staatsangehöriger nach ethnischen oder religiösen Kriterien untersagt das Gesetz. Dementsprechend vage sind die Angaben über den Umfang der aus der nordafrikanischen Einwanderung hervorgegangenen Minderheit; zwischen vier und sechs

Millionen soll die Zahl der Muslime in Frankreich betragen. Damit ist der Islam innerhalb eines Menschenalters zur zweitgrößten Konfession in dem Land aufgestiegen, das sich bis zur Französischen Revolution als „erstgeborene Tochter“ der römisch-katholischen Kirche hatte bezeichnen dürfen.

Bildung eines Muslimrates

Angesichts dieser neuen Realität einer stärkeren Islampräsenz betrieb Sarkozy die Bildung eines französischen Muslimrates. Nach dem Vorbild des katholischen Episkopates, der Vertretung der evangelisch-reformierten Kirchen und des jüdischen Repräsentativrates sollte er dem Staat als Ansprechpartner gegenüber treten können. Obwohl nur ein kleiner Bruchteil der in Frankreich ansässigen Muslime den eigenen Glauben wirklich praktiziert und überdies im Muslimrat eine radikal-islamistische Tendenz eine starke Stellung zu erringen vermochte, hegt Sarkozy offensichtlich die Hoffnung, auf dem Wege einer Institutionalisierung zu einem integrationsbereiten, domestizierten „französischen Islam“ zu gelangen. Ähnlich wie mit dem Vorschlag einer „positiven Diskriminierung“ für junge „Beurs“ schreckte er zudem nicht vor einem weiteren Tabubruch zurück: Das den Säkularismus der Republik begründende Gesetz von 1905 über die Trennung von Kirche und Staat sollte nach seiner Ansicht modifiziert werden, um eine staatliche Subventionierung beispielsweise des Baus von Moscheen zu ermöglichen, damit der bisher ziemlich undurchsichtigen Finanzunterstützung seitens ausländischer Islamorganisationen ein Ende bereitet werden könnte.

Auch mit diesem Vorschlag einer teilweisen Abkehr vom bisher strikten Laizismusdogma, wie es sich auch im Verbot des Tragens islamischer Kopftücher in öffentlichen Schulen geäußert hatte, stieß Sarkozy auf viel Widerspruch. Hingegen

erntete seine Anregung einer nach nationalen Interessen Frankreichs zu kontrollierenden „gezielten Einwanderungspolitik“ nicht nur Kritik, sondern auch Zustimmung, und zwar keineswegs bloß auf der Rechten. Elemente einer solchen „ausgewählten, nicht erlittenen“ Zuwanderung schienen selbst in einem von der Regierung nach den Novemberunruhen angekündigten Sofortprogramm enthalten zu sein. Denn darin waren neben einer Verschärfung der Bestimmungen über die Familienzusammenführung sowie über die Erlangung der Staatsbürgerschaft durch Heirat mit einem französischen Staatsangehörigen erstmals beispielsweise auch Anweisungen über ein genaueres Auswahlverfahren bei der Zulassung ausländischer Studierender an französische Universitäten vorgesehen.

Ursachenanalyse

Selbst nach dem Abflauen der ersten Schockreaktionen nach den Vorstadtunruhen fiel die weitgehende Ratlosigkeit in Frankreich bei der Suche nach den Ursachen der Revolte auf. Die vorherrschende Lehrmeinung erblickte in sozioökonomischer Diskriminierung den Hauptauslöser der Gewalteruption. Daneben gab es beinahe skurrile Versuche monokausaler Erklärung, wie etwa die Behauptung, die zwar auch in Frankreich gesetzlich verbotene, jedoch vielfach von Einwanderern aus Westafrika dennoch häufig ungestraft selbst auf französischem Territorium praktizierte Polygamie habe zur Gewalttätigkeit vieler Einwandererkinder geführt: Die übergroßen Vielehe-Familien hätten in der Platznot der ihnen zugewiesenen Sozialwohnungen stets einen Teil ihres Nachwuchses auf die Straße ausgesperrt und die zahlreiche Nachkommenschaft jeweils nur im Turnus zum Schlafen in die eigenen vier Wände hereingelassen, gewissermaßen nach dem Dienst- und Ruherhythmus von Unterseeboot-Besat-

zungen. Selbst wenn tatsächlich das Polygamieverbot in der jüngsten Vergangenheit gegenüber schwarzafrikanischen Einwanderern von französischen Behörden offenbar nicht mehr mit dem nötigen Nachdruck durchgesetzt wurde, so konnte dieses Phänomen allein schon zahlenmäßig nur einen Einzelaspekt darstellen und keineswegs den alleinigen Unruhefaktor bilden.

Einen Sturm der Entrüstung entfachte andererseits der Schriftsteller und Philosoph Alain Finkielkraut mit seiner Analyse, bei der Gewalteruption habe es sich um eine ethnisch-religiöse Revolte und ein antirepublikanisches Pogrom gehandelt. Die jungen Schwarzen und Araber, die euphemistisch nur unscharf als Jugendliche ohne jede nähere Qualifizierung bezeichnet würden, seien in Wahrheit voller Hass gegen Frankreich. Zugleich wagte Finkielkraut sich etwas über die Tatsache zu mokieren, dass heute die Fußballnationalmannschaft keineswegs mehr „black, blanc, beur“ wie 1998 sei, sondern nur noch „black, black, black“, worüber ganz Europa heimlich spottete. Nach dieser polemischen These zog sich der Philosoph angesichts der ihm entgegen brandenden Vorwürfe voller „politischer Korrektheit“ ziemlich erschrocken zurück und behauptete, falsch verstanden worden zu sein. Indessen spukte in vielen Köpfen längst vor seiner Analyse das Schreckbild einer französischen Vorstadt-Intifada. Auch wenn gemäß offiziellen Untersuchungen radikale Islamisten nicht die Hand im Spiel bei den zunächst wirklich spontanen Unruhen hatten, bot sich ihnen für absehbare Wiederholungen nun eine ideale Gelegenheit zur Rekrutierung jugendlicher Anhänger. Tief ins Gedächtnis vieler Franzosen prägte sich eine vom Fernsehen weit übertragene Szene: Bärtige Islam-Vorber schreiten nachts durch unruhige Vorstadtghettos und rufen zur Ruhe auf; von vielen Fenstern der Wohnsilos schallt ih-

nen darauf hundertfach der Ruf „Allahu akhbar!“ entgegen.

Die Islam-Organisationen, von denen eine sogar eine Fatwa gegen jede Beteiligung an den Unruhen erließ, wollten offenkundig ihr Wohlverhalten demonstrieren. Erstaunlicherweise blieben einige andere, besonders heikle Vorstadtquartiere von Ausschreitungen fast völlig verschont. Die informelle Erklärung dafür lautete, sie stünden unter besonders eiserner Kontrolle durch Verbrecherbanden, die keinerlei Interesse daran hatten, den Ordnungskräften mit Vandalenakten eine Gelegenheit zum Eindringen in diese Hochburgen kriminellen Faustrechtes zu geben. All dies bedeutet kein gutes Omen für die Zukunft der Politik einer umfassenden Integration. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft eine gähnende Lücke: Mit Ausnahme der Vertreter der Überseeterritorien wie etwa der Antillen sitzt kein einziger Abgeordneter der aus der nord- und schwarzafrikanischen Einwanderung hervorgegangenen Franzosen in der Nationalversammlung. Multikulturalismus nach britischem Vorbild

und „communautarisme“ wie in den Vereinigten Staaten wird in Frankreich offiziell als Lösungsvorschlag klar abgelehnt. In der Sackgasse, in welcher das Konzept der vollen Assimilation gegenwärtig steckt, mag der Gedanke etwas Trost spenden, dass das gewalttätige Aufbegehren angesichts eklatanter Chancengleichheit nur von einer sehr kleinen Minderheit ausging und die große Mehrheit der ethnischen Minoritäten, die es offiziell gar nicht geben darf, sich weiterhin mit den Unzulänglichkeiten des französischen Integrationsmodells zu arrangieren bereit ist. Indessen mutete das Fanal der Novemberunruhen wie die Feuerschrift an der Wand an, die Unheil ankündigt: Bloße Beschwörung des Dogmas von der Machbarkeit reibungsloser „Französisierung“ aller auf französischem Staatsgebiet geborenen Bürger unterschiedlichster ethnischer, kultureller und religiöser Herkunft wird nicht mehr genügen, wenn etwa eine größere Anzahl orientierungslos gewordener „Beurs“ der dritten Generation in einer islamistischen Heilslehre als Heimatersatz Zuflucht nehmen sollte.

Integration heißt auch Anpassung

„Wie man am Beispiel von Frankreich gesehen hat, reicht das Erlernen der Sprache allein nicht aus. Es geht vielmehr darum, die patriarchalischen Machtverhältnisse zu sprengen. Die Behörden dürfen den Eltern nicht soviel Bestimmungsrecht einräumen. Auch ein türkisches Mädchen nimmt am Schwimmunterricht teil, fährt mit auf Klassenfahrten, da darf es gar keine Diskussion geben. Integration bedeutet auch, sich an die hiesige Gesellschaft anzupassen. Nur dann können wir die Vielfalt und die Bereicherung schätzen, die eine andere Kultur mit sich bringt.“

[...] Um selbstbewusst gegen Gruppierungen vorzugehen, die unsere Verfassung angreifen, müssen wir uns darüber bewusst werden, was denn eigentlich unser ‚Common sense‘ ist. Statt dessen differenzieren wir uns zu Tode, indem wir Menschenrechtsverletzungen der Religionsfreiheit unterordnen. Wir müssen genauer hinsehen, genauer hinhören, was der Imam in der Moschee um die Ecke predigt, welches Bild in islamischen Kindergärten von Deutschen vermittelt wird, welche Gefahr tatsächlich von islamistischen Netzwerken ausgeht.“

Auszug aus einem Interview mit der Soziologin Neela Kelek am 11. Januar 2006 in *Die Welt*.